



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

ARE
Sektion Verkehrspolitik

3003 Bern

Basel, 23. Oktober 2013

Regierungsratsbeschluss vom 22.10.2013

Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr – Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 28. Juni 2013 haben Sie uns eingeladen, zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit bedanken wir uns und nehmen diese gerne wahr.

Das beiliegende Dokument stellt die gemeinsame Stellungnahme der Agglomeration Basel dar, wie Sie von der trinationalen politischen Steuerung des Agglomerationsprogramms am 23. September 2013 einstimmig beschlossen wurde. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt diese Stellungnahme vollumfänglich.

Aus Sicht des Kantons Basel-Stadt wollen wir insbesondere die Wichtigkeit der dort geforderten Umpriorisierungen betonen. Es ist unumgänglich, dass der Bund die aufgeführten Projekte, die für eine adäquate Erschliessung innerhalb der Agglomeration und für deren Zusammenwachsen von herausragender Bedeutung sind, wie beantragt mitfinanziert. Besonders hervorheben möchten wir dabei das Projekt einer Tramlinie nach Saint-Louis, bei dem die vom Bund beabsichtigte Zurückstufung Verunsicherung und Irritationen bei den beteiligten französischen Partnern auslösen würde und die Fortschritte in der gemeinsamen Planung erheblich in Frage stellen dürfte.

Zudem fordern wir, dass die Bedeutung der beiden entscheidenden Kernprojekte „Regio S-Bahn Herzstück“ und „Elektrifizierung Hochrheinstrecke“ für die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel durch deren Umpriorisierung zu C* anzuerkennen ist, insbesondere da diese nicht nur in der Agglomeration Basel, sondern darüber hinaus einen nachgewiesenen Nutzen aufweisen. Die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn bildet das Fundament einer nachhaltigen und abgestimmten Siedlungs- und Verkehrspolitik in der Agglomeration Basel.

Wir sind davon überzeugt, dass auch der Bund anerkennen wird, dass die benannten Projekte zur Umsetzung der strategischen Zielsetzungen des trinational abgestimmten Zukunftsbildes 2030 der Agglomeration Basel zwingend erforderlich sind und damit zur Erreichung der vom Bund definierten Ziele der Agglomerationspolitik massgeblich beitragen. Eine Zurückstufung wie

im Botschaftsentwurf und im bisherigen Prüfbericht vorgesehen, anerkennt weder die gemeinsamen Anstrengungen und grossen Fortschritte der trinationalen Agglomeration Basel bei der Erarbeitung der 2. Generation des Agglomerationsprogramms, noch würdigt sie die Entwicklungsreife der Projekte angemessen.

Wir danken Ihnen im Voraus für die angemessene Berücksichtigung unserer Forderungen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage: Stellungnahme der trinationalen Trägerschaft des Agglomerationsprogramms Basel zur Vernehmlassungsvorlage zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr, verabschiedet von der politischen Steuerung des Agglomerationsprogramm Basel am 23. September 2013